

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

23.6.1925 (No. 142)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 958 und 954, Postfach Nr. 3015

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. M. n. s., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beilegung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder im Betrieb unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Bestellen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Internationale Polizeitechnische Ausstellung

Es gibt zwei Einrichtungen des öffentlichen Lebens, die vom Publikum sozusagen als die „Mädchen für alles“ betrachtet werden, als die Mädchen für alles, deren man sich nur zu oft und nur zu gerne bedient, über die man aber trotzdem am liebsten — schimpft. Und diese zwei Einrichtungen sind die Presse und die Polizei.

Vielleicht ist es diese Leidenschaftlichkeit gewesen, die die Presse veranlaßt hat, der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe eine ganz besonders liebevolle Aufmerksamkeit zu widmen. Wir entfennen uns nicht, daß die Presse jemals einen derartigen Raum für Ausstellungsberichte zur Verfügung gestellt hätte. Neben der Tatsache der Leidenschaftlichkeit hat dabei aber auch sicherlich die Überzeugung mitgesprochen, daß nur ganz wenige Ausstellungen ein solches Interesse verdienen, wie diese.

Morgen ist nun der letzte Tag der Ausstellung gekommen. Und wir möchten deshalb nicht verfehlen, in Kürze darauf hinzuweisen, welche Bedeutung die Ausstellung für die Allgemeinheit gehabt hat. Wohl verstanden: für die Allgemeinheit! Eine rein fachliche Betrachtung werden wir später noch veröffentlichen.

Denn der Zweck der Ausstellung ist ja wohl von vornherein ein zweifacher gewesen. Einmal galt es, in einer Art Überschau den Fachleuten zu zeigen, was die Polizeitechnik — eine Wissenschaft, die noch verhältnismäßig jungen Datums ist —, in der kurzen Zeit ihres Bestehens und Wirkens erreicht hat. Ferner aber sollte auch das Publikum in seiner Gesamtheit einmal einen Einblick erhalten in das gesamte Getriebe dessen, was man „die Polizei“ nennt.

Wie uns berichtet wird, ist die fachwissenschaftliche Ausbeute der Ausstellung außerordentlich groß. Die mannigfaltigen Anregungen und Belehrungen sind durch sie gegeben worden. Und es ist nicht daran zu zweifeln, daß man alle diese Anregungen und Lehren in den verschiedensten Staaten irgendwie in die Praxis umsetzen wird.

Was nun aber das sogenannte Laienpublikum anlangt, so wird es mit Staunen und mit Bewunderung beim Besuch dieser Ausstellung erkannt haben, wie umfangreich die Aufgaben der Polizei im weitesten Sinne dieses Wortes sind, und mit welcher eifervollen Ernsthaftigkeit die Polizeitechnik dafür sorgt, daß die Mittel, welche die Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, immer besser und immer vollkommener werden. Diese staunende Bewunderung wird wohl bei den nicht fachlich gebildeten Besuchern der Ausstellung jenes sonst so oft beobachtete Gefühl der Abneigung und des Mißtrauens der Polizei gegenüber in den Hintergrund gedrängt haben. Und es wäre in der Tat ein Segen, wenn das Publikum Zweck und Aufgabe, Arbeitsweise und Arbeitserfolg der Polizei mit verständnisvolleren Augen betrachten lernte, da nur so jenes Verhältnis des Vertrauens Platz greifen kann, auf welches die Polizei selbst grundsätzlich und praktisch so großen Wert legt. Die Polizei kann ihre Aufgaben im Grunde mit einem vertrauensvollen Publikum viel rascher und viel erfolgreicher erfüllen, als wenn sie allenthalben auf das Mißtrauen oder gar den latenten Widerstand des Publikums stößt.

Jeder Staatsbürger sollte zudem gerne zugeben, daß auch er schon in der Lage gewesen ist oder noch in die Lage kommen kann, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Und wenn er dabei manchmal nicht das erreicht hat, was er erreichen wollte, so sollte er dieses Mißlingen gerechterweise entschuldigen mit der allgemeinen menschlichen Unvollkommenheit, mit der schier unlöslichen Rätselhaftigkeit mancher Fälle und eben mit jener Tatsache, daß das Publikum im allgemeinen der Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben noch immer viel zu wenig behilflich ist.

Unter allen Umständen sollten angesichts dieser Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung alle die Verstummen, die aus dem bloßen Schimpfen auf die Polizei gewissermaßen einen Sport machen und dabei die Ansicht vertreten, jeder mittelmäßige Kopf könne schließlich bei der Polizei Unterschluß finden. Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Wer sich einmal an Sand

der Ausstellung vergegenwärtigt, welche großen und verschiedenartigen Anforderungen an den Polizeimann gestellt werden, der wird, wenn ihm der Begriff der Berechtigung nicht ganz fremd ist, in Zukunft von den Polizeileuten mit mehr Respekt sprechen.

Die zahlreichen Abbildungen über die Eignungsprüfungen und die neuen Erfindungen auf dem Gebiet der Psychotechnik haben denn auch auf der Ausstellung besonderes Interesse beim Laienpublikum erweckt. Hier konnte man so recht deutlich erkennen, was eigentlich von einem guten Polizeimann verlangt wird. Physische Kraft und Gewandtheit, Kenntnis aller Verbrecherkünste und aller Verbrechergriffe, ein scharfes Auge, Geistesgegenwart, rasche Auffassungs- und Kombinationsgabe, moralische Festigkeit und gewisse Spezialkenntnisse: dieses alles in einer Person vereinigt zu finden, ist sicherlich nicht leicht. Der Mensch aber, der es praktisch in sich vereinigt und sich deshalb als Polizeimann bewährt, verdient, schon rein vom Standpunkte der Arbeitsleistung aus gesehen, unsere Anteilnahme und unsere Anerkennung.

Die Aufgaben der Polizei sind im einzelnen außerordentlich mannigfaltig. Da ist z. B. das Polizeimeiwesen, jener ganze Tätigkeitsbereich, der sich auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bezieht, das Wohlfahrtswesen, die erste Hilfe bei Unglücksfällen, die Regelung des Verkehrs und der Kampf gegen alle die, welche die gesetzlichen Vorschriften übertreten, also der Kampf gegen das Verbrechertum.

Gerade in diesem Kampf gegen das Verbrechertum hat die Polizeitechnik wohl ihre glänzendsten Erfolge erzielt. Je mehr sich die Verbrecher der modernen Erfindungen der Technik bedienen, umso zwingender wurde auch für die Polizeitechnik die Aufgabe, nun ihrerseits den Kriminalbeamten bzw. jeden Schutzmann, der irgendwie mit der Bekämpfung ungesetzlicher Handlungen zu tun hat, geistig, körperlich und technisch zweckentsprechend auszubilden. Welche Triumphe sich auf diesem Gebiete erzielen lassen, lehrt uns die Tatsache, daß der Bankraub, der noch bis vor kurzem die amerikanischen Städte in Schrecken und Erregung versetzte, heute dank der hervorragenden Abwehrmaßnahmen zu einem so gut wie aussichtslosen Unternehmen geworden ist.

Grundsätzlich hat ja überhaupt die These zu gelten, daß nicht nur die Gelegenheit es ist, welche die Diebe macht, sondern daß die Sicherheit der Erfolgschance die verbrecherischen Naturen an nachhaltigsten zu verbrecherischen Taten anspornt. Kein Verbrecher wünscht er tappt oder eingesperrt zu werden; er wünscht aber auch nicht, vergeblich gearbeitet zu haben, da seine Vorbereitungen und die Ausführung der Tat selbst soviel von seiner physischen und seelischen Kraft verbrauchen, daß ein Mißerfolg physisch und moralisch niederschmetternd wirken muß. Man lese gerade zu diesem Thema die psychologisch so tief eindringenden, übrigens auch in fachmännischer Hinsicht klassischen Ausführungen Volzacs in seinem Roman „Glanz und Elend der Kurtisane“.

Wir wünschen und hoffen, daß die Internationale Polizeitechnische Ausstellung dem Publikum die Überzeugung beigebracht hat, daß die Polizeitechnik alles erfährt, was nach dem heutigen Stande der Wissenschaft sich nur irgendwie erfinden läßt, um das Verbrechertum erfolgreich zu bekämpfen, und ferner die Überzeugung, daß die Organe der Polizei in der Erfüllung ihrer Aufgaben so nachhaltig und so zielbewußt geschult werden, daß die Polizei sehr wohl auf Vertrauen Anspruch erheben darf. Wie gesagt, gibt es natürlich auch im Bereich der polizeilichen Tätigkeit menschliche Unzulänglichkeiten und unglückliche Zufälle. Daß man das gelegentliche Versagen der Polizei in Zeiten einer Revolution, die sich um die politischen Chaos nicht verallgemeinern darf, versteht sich wohl für jeden vernünftigen Menschen von selbst.

Für Karlsruhe sowohl, wie für das ganze Land bedeutet die Internationale Polizeitechnische Ausstellung, die im Auftrag des Ministers des Innern im Benehmen mit der Freien Vereinigung für Polizeitechnik (St. Karlsruhe) durch das Landespolizeiamt und das Landesgewerbeamt veranstaltet wurde, einen Ruhmestitel. Und die Öffentlichkeit hat alle Veranlassung, den Männern, die sich um die Veranstaltung besonders verdient gemacht haben, herzlich zu danken.

Die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission an Minister Kemmele

Montag morgen nahm die von Präsident Dr. Schober-Wien entsandte Delegation Gelegenheit, dem Minister des Innern, Kemmele, im Auftrage der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission eine Adresse zu überreichen. Der Minister empfing die Herren vor der österreichischen Sonderausstellung. Vizepräsident Dr. Pamer-Wien sprach noch einmal in kurzen Worten den Dank für den freundlichen Empfang aus und würdigte in Worten höchster Anerkennung den Wert und die Bedeutung der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung und die von dem Minister und seinen Mitarbeitern für das Zustandekommen der Ausstellung geleistete Arbeit. Er verlas hierauf die Adresse, die folgenden Wortlaut hat:

Hochberehrter Herr Minister!

Die in Karlsruhe weilenden Mitglieder der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission bitten Sie, hochberehrter Herr Minister, den aufrichtigsten Dank für die überaus herzliche Aufnahme und für das außerordentliche Entgegenkommen empfangen zu wollen, das Ihnen anlässlich des Besuchs der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe zuteil wurde. Sie geben der übereinstimmenden Überzeugung Ausdruck, daß diese Ausstellung als ein in jeder Hinsicht großzügiges Unternehmen von ganz besonderer Tragweite gewürdigt werden muß. Denn sie ermöglicht nicht nur, durch planmäßige Zusammenstellung der im Abwehrlampfe gegen das Verbrechertum anwendbaren Mittel, einen für den Sachmann äußerst belehrenden, tiefen Einblick in die technischen Erfindungen der modernen Polizei, sondern sie läßt auch in einer allgemein verständlichen Weise die vielfachen Aufgaben erkennen, die von der Polizei im heutigen Rechtsstaate zu erfüllen sind.

Gerade in dieser Aufklärung über die dem Wohle des Volkes unmittelbar dienenden kulturellen Zwecke der Polizei ist zweifellos ein ganz besonderer Wert der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung zu erblicken, deren Veranstaltung ein bleibendes Verdienst um die Menschheit ist.

Karlsruhe, den 22. Juni 1925.

- gez. Vizepräsident Dr. Pamer, Wien
- gez. A. D. Broekhoff, Hoofdinspecteur van Politie Amsterdam (Holland)
- gez. Dr. Heinrich Dornina, Oberstadthauptmann (Stellvertreter), Budapest (Ungarn)
- gez. Dr. Oskar Dreßler, Hofrat, Polizeidirektion, Wien
- gez. r. Konstantin Garbilus, Sektionschef im Griechischen Innenministerium, Athen
- gez. Regierungsdirektor i. R. Hoppe, Berlin, Polizeipräsidium
- gez. M. G. van Houten, Kapitän der Koninklijke Marechaussee Doorn (Holland)
- gez. Klaiber, Polizeipräsident und Präsident des Württembergischen Landes kriminal-Polizei-Amtes, Stuttgart
- gez. Kuenzer, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Reichsministerium des Innern, Berlin
- gez. Dr. J. Müller, Hauptmann und Kommandant der Kantonspolizei in Zürich (Schweiz)
- gez. Dr. Polakoff, Präsident des Landes kriminalamtes in Dresden
- gez. Traian Puticin, Sektionschef, Klausenburg (Rumänien)
- gez. Erik Schäffer, Auditor (für Dr. Olof Jørgensen), Kopenhagen (Dänemark)
- gez. Dr. Bruno Schult, Polizeidirektor, Wien
- gez. A. P. Sirek, Polizeipräsident, Rotterdam (Holland).

Minister Kemmele sprach seinen tiefgefühlten Dank für die so besondere Ehrung aus. Er sei stets bestrebt gewesen in strenger Pflächterfüllung durch Wiederaufbau und durch berufliche und technische Ausbildung der Organe der Staatsordnung das Wohl des Staates und der Allgemeinheit zu fördern. Diesen Zwecken diene auch die Internationale Polizeitechnische Ausstellung, die gewiß wertvolle Anregungen und Gewinne für alle beteiligten Staaten des In- und Auslandes und für alle Besucher gezeitigt hätte. Der Minister gedachte der hochhehrwürdigen Tätigkeit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission im Kampfe gegen das Verbrechertum und dankte Vizepräsident Dr. Pamer und allen Herren der Kommission für ihre Mitarbeit. Er bat, diesen Dank auch dem Präsidenten der Kommission, Dr. Schober-Wien, zu übermitteln.

Zu der Angelegenheit des Deutschen Kindermann aus Durlach, der bekanntlich in Moskau gefangen gehalten wird, erzählt das „Karlsruher Tagblatt“, daß der Verteidiger Kindermanns, Rechtsanwalt Freund in Berlin, die Mitteilung von der deutschen Wochenschrift in Moskau erhalten habe, daß er vor dem russischen Gericht als Verteidiger nicht zugelassen ist. Die Hauptverhandlung vor dem Obergericht in Moskau findet am 24. Juni statt. Die deutsche Wochenschrift wird vorher Gelegenheit bekommen, zum erstenmal mit dem Angeklagten zu sprechen. Das Obergericht hat nur die Zulassung russischer Verteidiger gestattet. Es war in Aussicht genommen, die russischen Verteidiger Murawjew und Sommerfeld mit der Wahrnehmung der Verteidigung zu beauftragen. Diese haben jedoch die Verteidigung nach Einsicht in den Akten abgelehnt. Das Obergericht hat gestattet, daß 6 Zeugen, auf die sich die Angeklagten berufen haben, zur Hauptverhandlung nach Moskau kommen.

Polizeifach-Konferenz

Die kriminalpolizeilichen Besprechungen in Karlsruhe
22. bis 24. Juni 1925

Im Februar ds. Jrs. hatte der Präsident des Sächs. Landes-Kriminalamtes Dr. Kallisch in einem Aufrufe die Anregung ergeben lassen, daß die Vertreter der deutschen Länder und Freien Städte anläßlich der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe zusammenkommen möchten, um in Verhandlungen und Besprechungen zur Vorbereitung einer deutschen Polizeifachkonferenz einzutreten. Inzwischen hat nun auch die preussische Regierung für den Herbst 1925 die Einberufung eines großen deutschen Polizeikongresses nach Berlin angekündigt. Die Anregung des Sächs. Präsidenten fand allgemeine Zustimmung und hat zu einer zahlreichen Besichtigung der dankenswerter Weise von dem badischen Herrn Minister d. Innern einberufenen Karlsruher Tagung geführt.

Die Besprechungen sollen vor allem der Vorbereitung der Berliner Konferenz dienen. Als einige der dringendsten und wesentlichsten Besprechungspunkte hat Präsident Dr. Kallisch in seinem Aufrufe die nachstehenden Punkte bezeichnet:

1. Erkennungsdienstliche Länderzentralen, Neuschaffung von Zentralstellen, Geschäftsordnung, Verkehr untereinander, einheitliche Vorschriften über den Daktyloptierungsantrag, einheitliche Vordrucke zur Personenfeststellung.
2. Kriminalpolizeiliches Nachrichtenwesen, Nachrichtenverbindung der Länder.
3. Zentralstellen zur Ermittlung von Vermissten und unbekanntem Toten.
4. Brandmelde- und Fahndungswesen.
5. Bekämpfung von Taschendiebstählen.
6. Bekämpfung der Fugener.
7. Kriminalpolizeiliche Tätigkeit anderer Behörden.
8. Verkehrserleichterungen für die Kriminalpolizei.

Diese Besprechungspunkte werden bis zur Berliner Konferenz noch um weitere zu ergänzen sein. Als wichtigstes Ergebnis der Karlsruher Besprechungen aber ist anzustreben: die Schaffung einer künftigen kriminalpolizeilichen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Länder und Freien Städte zur Anbahnung einer Verbesserung, Erleichterung und Vereinheitlichung des deutschen zwischenstaatlichen kriminalpolizeilichen Verkehrs, wodurch alleine eine systematische, erfolgreiche Bekämpfung des schweren und vor allem des für die Volkssicherheit so gefährlichen reisenden Verbrechens erzielt werden kann.

Es ist zu erwarten, daß im Verlauf dieser Pläne die Karlsruher Besprechungen zur Gründung einer deutschen kriminalpolizeilichen Kommission führen werden, die sich aus Vertretern der deutschen Länder und Freien Städte zusammensetzt und in sich die gewünschte ständige Arbeitsgemeinschaft verkörpert. Ein entsprechender Antrag des Präsidenten Dr. Kallisch ist der Versammlung vorgelegt worden.

Alle Fragenkomplexe, die die Karlsruher Tagung zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung der Berliner Polizeifachkonferenz überweisen wird, sind zunächst Einzelkommissionen zur weiteren vorbereitenden Bearbeitung zugeteilt worden, damit dann im Herbst nächsten Jahres in Berlin praktische Ergebnisse erzielt werden können.

Die Einzelkommissionen werden also das Fundament der geplanten Arbeitsgemeinschaft der zu gründenden deutschen kriminalpolizeilichen Kommission bilden, ihrer vorbereitenden Tätigkeit wird zu einem guten Teil das praktische Gelingen der Berliner Konferenz zuzuschreiben sein.

Ein Abend der Stadt Karlsruhe

Aus Anlaß der Tagung der Deutschen Polizeifachkonferenz hatte die Stadtverwaltung Karlsruhe Montagabend zu einem geselligen Zusammensein im oberen Gartenrestaurant eingeladen. Unter den Gästen bemerkte man auch den Innenminister Memmel und Ministerialdirektor Leers. Eingeleitet mit dem Trio von Beethoven, gespielt von ausgesuchten Künstlern gleichsam als Ausdruck der Harmonie, die alle Veranstaltungen und Besprechungen der deutschen Polizei in Karlsruhe beherrscht, flossen die Stunden in fröhlicher Unterhaltung dahin. Oberbürgermeister Dr. Winter entbot den Teilnehmern einen herzlichen Willkommengruß. Anknüpfend an den Namen Beethovens feierte der Redner die Kulturgemeinschaft Rhein-Danau und den deutschen Einheitsgedanken, dessen Rinder jeder der aus dem Reiche zu uns komme. Der Konferenzvorsitzende, Dr. Kallisch, dankte mit einem Toast auf die gastliche Stadt Karlsruhe und ihren Oberbürgermeister.

Der Ufa-Vorführungsaum in der Ausstellungshalle. Die Univerfilm-Film A.-G. Ufa Berlin zeigt einen Vorführungsaum, der in seiner Einrichtung den Vorschriften des Berliner Polizeipräsidiums entspricht. Besonders interessant sind die neuen Ufa-Brandfeuerlöscher D.M.F., die selbst beim Vorführen mit größter Stromstärke jeden Filmbrand verhindern. Außerdem ist eine Einrichtung zum pfeifenlosen Vorführen mehrerer Filme und eine Vorrichtung zum selbsttätigen Schließen der Rollenscheiben bei Brandausbruch vorhanden. Die beiden aufgestellten Vorführungapparate, die täglich in Betrieb sind, sind Fabrikate der Firmen Krupp und Ernemann.

Die Internationale Polizeitechnische Ausstellung ist nur noch bis zum Mittwochabend geöffnet.

Die österreichischen Hochschulen für den Anschluß an Deutschland. Auf dem österreichischen Hochschultag wurde auf Antrag der Vorkonferenz der österreichischen Hochschulen einstimmig eine Entschließung gefaßt, die sich dahin auspricht, daß der Anschluß Österreichs an das deutsche Reich mit allen Mitteln zu erstreben sei, da eine andere Möglichkeit für die geistige und wirtschaftliche Befreiung Österreichs nicht gegeben erscheine.

Zu den Kämpfen in Marokko. Frankreich und Spanien haben sich auf eine gemeinsame Front der Küste geeinigt, die durch die Kriegsschiffe beider Länder gemeinsam durchgeföhrt wird. Die Überwachung soll sich auf die Einfuhr von Waffen und Kriegsmaterial nach Marokko und auf die strikte Beobachtung der internationalen Bestimmungen und des Reglements beziehen, nach dem der Zugang zu der Marokko-Küste auf anderem Weg als unter Benutzung der Handelsstädte verboten ist. Was meldet, daß an der Westfront Abd-el-Krim neue Offensivvorbereitungen treffe.

Aber Unruhen in der Wandschule, die von den Bolschewisten angezettelt wurden, wird aus London berichtet. Bolschewistische Agenten mühen die Abwesenheit Schkangholins aus, um gegen ihn und die Ausländer einen Aufstand anzusetzen. Das Ziel sei vielleicht Schkangholins zu zwingen aus Tientsin zurückzukehren. In britischen Kreisen herrsche die Ansicht, daß die Lage in China künftighin ernst werde.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 22. Juni.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr. In allen drei Lesungen wird der von dem deutschen Abgeordneten Dr. Freyer und Gen. eingebrachte Gesetzentwurf zur

Änderung des Weinsteuergesetzes

angenommen. Dadurch soll die Einzahlung der Weinststeuer spätestens am 15. Tage des dritten Monats nach Fälligkeit (bisher 15. Tag des folgenden Monats) erfolgen können, und die Geltung des Weinsteuergesetzes soll bis zum 1. September 1925 verlängert werden.

In 2. Beratung wird der Gesetzentwurf über

Depot- und Depostengeschäfte

der kürzlich an den Ausschuss verwiesen worden war, weiter beraten. Der Ausschuss hat zu den Bestimmungen über die Möglichkeit der Entziehung der Genehmigung zum Depot- und Depostengeschäft wegen nicht ordnungsmäßiger Geschäftsführung den Zusatz gemacht, daß die Veranstaltung von Prämienvorföhungen für Anleger und Sparer mit einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung nicht vereinbar sein soll.

Abg. Mauds-München (W.B.) beantragt die Streichung dieses Zusatzes.

Nach der Ablehnung dieses Antrags wird die Vorlage in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die Wechsel- und Scheckgesetze ohne Debatte angenommen. Es folgt die 1. Beratung des Gesetzentwurfes zur

Änderung der Verbrauchsteuer.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen führt zur Begründung aus, daß bei verschiedenen Verbrauchssteuern unbedeutende Bestimmungen gekürzt und die Verbrauchsabgabeordnung beher angepasst werden müßten. Solche Änderungen seien bei der Weinststeuer notwendig, wenn auch der Reichstag schon vorläufig solche Änderungen beschlossen hätte. Steuererhöhungen seien bei der Salz- und Zuckerversteuer nicht beabsichtigt. Bei der Salzsteuer sei eine Umstellung insofern erforderlich, als das Gewerbe von der Steuer befreit werden müsse, der Ausfall aber auf das Speisefalz gelegt werden müsse. Die Industrie habe eine solche Umstellung verlangt. Das Speisefalz müsse einen Satz von 3 M. für den Doppelzentner tragen. Bei der Zuckerversteuer bleibe es bei dem geltenden Steuersystem. Die Steuer solle aber künftig vom Eigengewicht des Zuckers nach Abzug aller Umfahrungen erhoben werden. Eine Verminderung der Zuckerversteuer sei nicht möglich.

Abg. Wendemuth (S.) führt aus, daß etwa 100 Millionen indirekte Steuern zu viel erhoben worden seien. Demgegenüber sei die Einkommensteuer bei den Westenden nicht genügend herangezogen worden. Für 1925 seien die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern auf 1408 Millionen veranschlagt. Dazu kämen noch aus der bevorstehenden Erhöhung der Tabak- und Biersteuer 340 Millionen, ganz abgesehen von den Zöllen, mache das 1748 Millionen aus. Damit erhöhen sich die Einnahmen, aus denen die Damesverpflichtungen zu leisten sind, auf 250 Millionen und um einen Teil hier von steigen dann die Leistungen für das Damesgutachten. Darum sei nicht einzusehen, wie sich die Regierung gegen eine Erhebung der Zuckerversteuer sträuben könne. Bei der Salzsteuer werde die Industrie bevorzugt.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen erwiderte, die Salzsteuer solle nur noch ein Viertel der Belastung der Friedenszeit betragen. Im Frieden sei die Belastung mit der Salzsteuer auf 1 Mark für den Kopf berechnet worden. In Zukunft sollen nur 25 Pfennig pro Kopf bezahlt werden. Andere Länder, namentlich Frankreich, hätten eine höhere Salzsteuer.

Abg. Neubauer (A.) bekämpft die Verbrauchssteuern überhaupt.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird an den Steuerausschuss überwiesen.

Darauf setzt das Haus die Beratung des

Gesetzes des Reichsministers des Innern

beim Kapitel Gesundheitswesen fort.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Dumm, macht Mitteilungen über die Arbeiten des Amtes zur Erforschung verschiedener Krankheiten insbesondere der Berufskrankheiten. Zur Bekämpfung der Tuberkulose seien besonders umfangreiche Arbeiten vom Reich und von den Ländern gemacht worden. Das Reichstuberkulosegesetz sei fertiggestellt. Große Verdienste hätten sich die Frauen in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit erworben. Hoffentlich gelinge es, das Reichstuberkulosegesetz zustande zu bringen und dann auch die Frage der Arzneitage zu regeln.

Abg. Bethold (W. Bgg.) Die Bevölkerung müsse durch Vorträge über die hygienischen Erfordernisse belehrt werden. Zur Bekämpfung des Alkoholismus werde ein Schankstättengesetz verlangt, das auch den Gemeinden ein Bestimmungsrecht auf diesem Gebiete bieten solle. Das könne keine Partei nicht mitmachen. Die Schankstätten läßen schon selbst das ihre, um die Ausbreitung des Alkoholismus zu verhindern. Wenn Karolita wie das Molain einfach verboten werden könnten, so wäre wohl jeder Abgeordnete dafür. Aber diese Mittel würden weiter aus dem Auslande eingeschmuggelt. Das Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten werde hoffentlich dieses Mal durchgebracht werden. Das Geheimnisswesen müsse energig verfolgt werden. Die Kurpfuschereien müßten durch Gesetz verhindert werden.

Abg. Graf v. Kerkhoff (W. Bgg.) meint, daß das so wichtige Bevölkerungsproblem nicht nur von der wirtschaftlichen Seite aus betrachtet werden dürfe. Es müsse auch wieder auf andere Anschauungen im Volke hingewirkt werden. Die Zollvorlage solle die Landwirtschaft wieder heben und die Landbevölkerung erhalten. Sie treibe somit auch vernünftige Bevölkerungspolitik. Die Wohlfahrtspflege sei eigentlich Sache der Länder. Aber auch das Reich könne durch Zentralanstalten mitwirken.

Abg. Dr. Moses (S.) widerspricht der Behauptung des Abg. Kerkhoff, daß die Revolution an der Vermehrung der Geschlechtskrankheiten schuld sei. Damit schließt die Aussprache über das Gesundheitswesen.

Die Etatspositionen werden bewilligt. Das Gesetz über

die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und Anträge der Kommunisten gegen die Bekämpfung der

Tuberkulose und für eine planmäßige Geburtshilfe werden an

den Ausschuss für Bevölkerungspolitik verwiesen.

Die zurückgeleitete Abstimmung über die Etatsposition von

8 687 000 Mark für

die Technische Rosthilfe

ergibt die Bewilligung nach dem Ausschussantrag mit 3 Millionen Mark, nachdem Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Streichung der ganzen Summe sowie ein Antrag der Deutschnationalen auf Bewilligung der vollen Summe abgelehnt sind.

Damit ist der Haushalt des Innern erledigt. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzung schlägt Präsident

Lobe die Zollvorlage vor. Dem wird von den Kommunisten und Sozialdemokraten widersprochen. Ein Antrag der Kommunisten, morgen die außenpolitische Lage zu besprechen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Auf den Vorschlag des Präsidenten werden sodann kleinere Vorlagen und Anträge über Erwerblosenunterstützung und Rechtschulordnung auf die Tagesordnung für Dienstag 2 1/2 Uhr gesetzt. Schluß 7 Uhr.

Die Zollvorlage dem Reichstag zugegangen

Der Reichsminister der Finanzen, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft haben dem Reichstag am Montag die Zollvorlage zugehen lassen. Die Vorlage an den Reichstag erfolgt unter dem Datum des 18. Juni. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Reichsparteien sollen, den Vätern zufolge, beabsichtigen, sich bei der ersten Lesung auf die Abgabe einer Erklärung zu beschränken. Ob die Zentrumsfraktion sich der Erklärung anschließen wird, wird in der noch anzubehandelnden Fraktionsbesprechung entschieden werden. Die Oppositionsparteien werden dagegen bereits bei der ersten Lesung die Zollvorlage einer ausgiebigen kritischen Behandlung unterziehen.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Im Reichstag fand Montag nachmittag eine Reihe von Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsfractionen und Mitgliedern der Reichsregierung statt, in denen die parlamentarische Behandlung der wichtigsten Vorlagen erörtert wurde. Eine völlige Klärung ist noch nicht erzielt worden. Bei den Regierungsfractionen soll der Wille vorherrschen, zu einer Erledigung der Regierungsvorlagen, der Bier- und Tabaksteuer bis Anfang Juli längstens zu gelangen. Ob die Zollvorlage bis zum 18. Juli, an welchem Tage der Reichstag in die Ferien gehen sollte, ihre parlamentarische Erledigung finden wird, sei noch zweifelhaft. Es soll der Plan bestehen, die Session des Reichstages über den 18. Juni hinaus zu verlängern, um die Zollvorlage unter allen Umständen erledigen zu können.

Der Ältestenausschuss wird heute über das Arbeitsprogramm des Reichstages Beschluß fassen. Dabei dürfte auch der Termin der in Aussicht genommenen außenpolitischen Debatte festgesetzt werden.

Politische Neuigkeiten

Der Bericht des Reichsparlamentarikers

Im Haushaltsausschuss des Reichstages erstattete am Montag Reichsparlamentariker Staatsminister a. D. Sämann einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit. Seine Arbeitshaltung sei in der Hauptsache darauf hinausgegangen, nicht nur Gutachten zu erlassen, sondern vorerst zu versuchen, die Regierung zur Annahme der von ihm auf Grund seiner Ermittlungen für richtig gehaltenen Sparmaßnahmen zu bewegen. Hierbei habe er das weitestgehende Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Seine Stellung zu den gefegebenden Körperschaften habe sich im Laufe der Zeit dahin entwickelt, daß er vom Sparsauschuss des Reichstages und vom Reichsrat als Gutachter herangezogen werde.

Der Sparkommissar gab sodann eine Übersicht über seine Erfolge, wobei er u. a. die geliebten Auswirkungen bei der Zusammenlegung von Behörden, des Personalabbaues usw. darlegte. Seine Arbeiten seien noch keineswegs abgeschlossen, auch wenn man davon absehe, daß die bloße Existenz des Sparkommissars traglos eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung ausübe. Von verbleibenden Ausgaben nannte der Reichsparlamentariker beispielsweise die Sicherung des Ertrages, die Einwirkung und Belehrung bei Durchführung von Neuerungen auf Grund der bei den örtlichen Prüfungen mit seinem Büro getroffenen vergleichenden Einblicke und Erfahrungen. Die Prüfung der Notwendigkeit von Einrichtungen, die vielfach schon wieder geplant und angelegt seien, fielen unter die Dezentralisation zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

In der sich anschließenden Debatte kam Übereinstimmung zum Ausdruck darüber, daß die Bestellung des Sparkommissars eine unbedingte Notwendigkeit gewesen sei, daß er sich durch seine Arbeit bewährt habe und daß es notwendig sei, in irgend einer Form die angefallenen Erfahrungen angefaßt der gespannten Finanzlage auch weiterhin dem Reiche nutzbar zu machen.

Brügelien im Litauischen Parlament

Im litauischen Parlament kam es bei der Beratung des Gesetzentwurfes, der eine starke Einschränkung der Presse-, der Versammlungs- und Redefreiheit vorsieht, zu ungeheuren Tumulten, nachdem drei Redner der Opposition, darunter dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Grinius das Wort entzogen worden war. Es entstand eine wütende Schlägerei, wobei Tische und Stühle zertrümmert wurden. Angehörige der christlich-demokratischen Partei drangen auf Grinius ein, der schwer verletzt wurde. Vom Präsidenten herbeigerufenen Polizei brachte schließlich Abg. Grinius und seine Parteigenossen aus dem Sitzungssaal. In den Straßen hatten sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt, die ihre Entrüstung über das Vorgehen gegen Grinius zum Ausdruck brachte. Das Gesetz wurde von der zurückgebliebenen Mehrheit des Parlamentes angenommen.

Kurze Nachrichten

Kein Teilnahme Hindenburgs an der Tagung des Johanniterordens. Die Meldung eines Berliner Blattes, der Reichspräsident beabsichtige, an der am 24. ds. Mts. stattfindenden Tagung des Johanniterordens teilzunehmen, wird für unrichtig erklärt.

Um die Regierungserweiterung in Preußen. Im preussischen Landtag wurde Montag nachmittag die Frage der Regierungserweiterung von Vertretern der Deutschen Volkspartei des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten erneut besprochen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 26. Juli 1924 erfolgte am 21. Juni in Madrid.

Das Wanderversandwerk auf dem Weser. Vor dem erweiterten Schöffengericht Minden begann am Montag der Prozeß gegen den Oberleutnant Jordan vom Infanterie-Bataillon 6 in Minden, dem vorgeworfen wird, durch Fahrlässigkeit den Tod von 50 Reichswehrsoldaten und einer Zivilperson verschuldet zu haben. Als Vertreter des Reichswehrministeriums nimmt Oberst Stöbe an den Verhandlungen teil. Infolge des großen Andrangs zu dem Prozeß finden die Verhandlungen in einem der größten Säle Mindens statt.

KARL LANG Kaiserstr. 167 I. Telefon 1073 (Salamander-Schuhhaus)

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

Badischer Teil

Die Basler „National-Zeitung“

gibt im Anschluß an die von ihr scharf verurteilte, im Schweizer Ständerat erfolgte Bewilligung einer Vorlage wegen Einführung eines neuen Maschinengewehrs einer Korrespondenz von der badisch-schweizerischen Grenze Raum. Diese Korrespondenz versucht die Schrecken des Kriegs aufzuzeigen an Hand einer Geschichte aus dem Rumänenlager, das sich 1917 bei Gallingen (b. Bönrad) befand. Danach soll die deutsche Regierung 1917 — als Repressalie gegen die Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien — fünfzig rumänische Gefangene nach Gallingen verschifft und dort „in Schöpfen auf Steinböden und hinter Stacheldraht gefesselt haben, bis sie genug hatten, das heißt, bis sie bei lebendigem Leibe verhungerten“. Drei vor Hunger irrsinnig gewordene Rumänen hätten sogar mit dem Fleisch ihrer toten Kameraden ihren Hunger gestillt.

Nach genauen Erkundigungen an zuständiger Stelle und bei glaubwürdigen Privatpersonen in Gallingen muß dieser Kriegsgreuelgeschichte gegenüber festgestellt werden: Zunächst trifft nicht zu, daß es sich um ein Vergeltungslager handelt. Ferner ist es völlig unrichtig, daß Gefangene vor Hunger gestorben sind. Es sind wohl ziemlich viel Todesfälle vorgekommen, doch hat es sich dabei vielfach um Grippefälle oder ähnliche Krankheiten gehandelt. Die Gefangenen kamen allerdings zu einer Zeit nach Gallingen, in der die Ernährungslage auch für die Zivilbevölkerung äußerst prekär war, sie haben aber zweifellos nicht mehr Hunger leiden müssen, als die Bevölkerung. Was schließlich die Behauptung angeht, es hätten zwei vor Hunger irrsinnig gewordene Gefangene ihre toten Kameraden aufgeessen, so ist hieran nach übereinstimmender glaubwürdiger Aussage aller befragten Personen kein wahres Wort.

Weitere Vnausschiebung der Vermögenssteuervorauszahlung vom 15. Mai 1925

Antlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes vom Reichstag bisher noch nicht verabschiedet werden konnte, hat der Reichstag nochmals ein Initiativgesetz angenommen, nach dem die Erhebung der Vermögenssteuervorauszahlungsrate vom 15. Mai, die bereits durch ein Initiativgesetz bis zum 15. Juni hinausgeschoben war, nunmehr bis zum 15. August 1925 ausgesetzt wird. Die Vorauszahlung braucht also zurzeit nicht entrichtet zu werden.

Dr. Wrasheim, 23. Juni. Bürgermeister Schulze ist gestern im Kurhaus Schönwald im 58. Lebensjahr gestorben. Er war 1906 als Stadtbaurat hier eingetreten und im März 1907 als technischer Bürgermeister angestellt worden.

Vorläufige Volkszählungsergebnisse in Baden

Wrasheim: 78 221 Personen gegen 78 839 im Jahr 1919. Auch hier überwiegt das weibliche Element (mit 39 488 gegen 34 851 männliche), während 1919 der weibliche Vorkurs nur ein geringer war (37 796 gegen 36 080).

Müllheim: 1807 männliche und 1995 weibliche, zusammen also 3802 Einwohner.

Schopfheim: 1094 Haushaltungen und 4506 Einwohner. Im Jahre 1919 waren die Zahlen: 922 3906, im Jahre 1910: 846 und 3940.

Rehl: 9445 Einwohner, und zwar 4638 männliche und 4912 weibliche.

Trüben: 2186 männliche und 2326 weibliche, zusammen 4512 Einwohner. Gegenüber der letzten Zählung ist ein Plus von 400 Seelen zu verzeichnen.

Donauwörth: 5012 Einwohner gegenüber 4370 bei der letzten Volkszählung, also eine Zunahme von 638 Seelen.

Reinheim: 1940 Einwohner, davon 947 männliche und 993 weibliche. Unter Abzug der vorübergehend hier Anwesenden ergibt sich ein Einwohnerstand von 1327 Personen gegenüber 1686 im Jahre 1919, also eine Zunahme von 191 Einwohnern.

Staufen: die Volkszählung ergab hier eine Zunahme der Bevölkerung von 1788 im Jahre 1910 auf 2056 jetzt.

Konstanz: 81 136 ortsbewohnende Personen, mithin gegen 1919 (80 106) eine Zunahme von 2030. Auf die Geschlechter verteilt, ergab die Zählung 15 079 männliche und 17 056 weibliche Personen.

Aberlingen: 5488 (2475 männliche und 3008 weibliche); 1900 betrug die Einwohnerzahl 4550, 1919 4035 Personen.

Aus der Landeshauptstadt

Freiwillige Feuerwehrkapelle. Bei dem in Luzern abgehaltenen Internationalen Musikwettbewerb errang die Kapelle die beste Tagesleistung. Sie erhielt im „Klassenwettbewerb“ den ersten Preis, im „Ehrenwettbewerb“ den zweiten Preis. Die Kapelle trifft am heutigen Dienstagabend hier wieder ein.

Badisches Landestheater. Infolge Erkrankung der Frau Kapellmeisterin und der Herren Balde und Glatz, die alle drei laut amtlichem Attest bis Schluß der Spielzeit dienstunfähig sind, muß von der Aufführung des „Rings des Nibelungen“ abgesehen werden. Dafür geht am Sonntag, den 27. Juni 1925 (statt Rheingold) zu halben Preisen Lorzing's „Andine“ in Szene. Am Sonntag, den 28. Juni findet (statt Walküre) eine Aufführung von Bizet's „Carmen“ statt, und Mittwoch, den 1. Juli (statt Siegfried) eine Wiederholung der neu inszenierten Oper „Romeo und Julie“. Am Sonntag, den 5. Juli wird die Spielzeit mit einer Aufführung von Richard Wagner's Oper „Der fliegende Holländer“ beschlossen, (statt Götterdämmerung). Die für den „Ring“ bereits gelösten Sonderabonnements werden durch die Theaterkasse wieder zurückgenommen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Das gestern über Dänemark gelegene Tief ist allseitig von kühlen Luftmassen umgeben und ist sich langsam auf, doch sind überall noch kleinere Druckstörungen zu erkennen, die bewirkte Wetter mit vereinzelten Schauern veranlassen. In Baden hat sich die Wolkendeckung kaum geändert, sie liegt in der Ebene bei 12 Grad, auf dem Hochschwarzwald bei 8 Grad. Stellenweise kam es

zu leichten Regenfällen, die Niederschlagsmengen von 4—8 Liter pro qm ergaben. Eine wesentliche Änderung der Wetterlage tritt trotz der langsamen Druckzunahme bis morgen noch nicht ein. Die Nordströmung über England bringt noch andauernd kühle, feuchte Seeluft. Voraussichtliche Witterung für 24. Juni: Zeitweise aufziehend, meist trocken, schwache westliche bis nördliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Sengen, 23. Juni. Ein Zugzusammenstoß ereignete sich heute Morgen kurz nach 7 Uhr innerhalb der Station Sengen. Eine Rangierabteilung fuhr in einen vom Schwarzwaldbahnen kommenden Güterzug. Durch den Zusammenstoß wurde die Rangiermaschine umgeworfen. Ein vor der Güterzugmaschine befindlicher Gaswagen explodierte und setzte den Güterzug in Brand. Die rasch alarmierte städtische Feuerwehr konnte wohl den Brand rasch löschen; jedoch ist der Schaden an Wagen und Gütern sehr erheblich. Infolge des starken Aufeinanderprallens wurden mehrere Wagen ineinander und übereinander geschoben. Die Unglücksstätte bildet jetzt einen rauchenden Trümmerhaufen. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Die beiden Gleise der Schwarzwaldbahn, sowie die Strecke nach Schaffhausen sind 3 St. gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Dr. Bellingen, 22. Juni. Die älteste Frau des Bezirks Bellingen, Frau Christine Försbacher in Wörsweiler, feiert anfang September ihre 100. Geburtstag. Die Greisin ist körperlich und geistig noch sehr rüstig und vermag noch ohne Hilfe die Zeitung zu lesen.

Dr. Neuenbürg, 22. Juni. Der aus Heilbronn gebürtige 39-jährige verheiratete Verwaltungsmann Emil Breidenbach, der vom Dezember 1923 bis März 1925 als Schultheißenamtsverweser in Denaach tätig war, hatte sich während dieser Zeit der Amtsunterschlagung und des Betrugs schuldig gemacht. Er wurde vom Großen Schöffengericht zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon ein Monat Untersuchungshaft abgeht. Breidenbach ist schon vor dem Kriege wegen Betrugs mehrfach vorbestraft.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. Juni		22. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.73	168.73	168.34	168.76
Kopenhagen 100 Kr.	8.42	8.12	8.07	80.90
Italien . . . 100 L.	15.67	15.67	15.69	15.73
London . . . 1 Pf.	20.388	20.440	20.394	20.446
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.72	19.78	19.84	19.88
Schweiz . . . 100 Fr.	61.46	61.66	61.42	61.06
Wien 100 Schilling	59.054	59.194	59.054	59.194
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.435	12.475

Verteilung überall 100 Prozent

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Juli noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich der Bezugspreis von 1. Juli ab auf 3.— M. erhöht.

Bei der Städtischen Sparkasse Freiburg ist die Stelle eines

Finanz-Obersekretärs

alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt vorerst auf Probefristvertrag. Bei zufriedenstellenden Leistungen steht planmäßige Anstellung in Aussicht. Vergütung nach Gruppe VII des Beamten tariffs. Es kann nur ein im Sparwesen und Bankwesen erfahrener Fachmann in Frage kommen, der womöglich eine entsprechende Prüfung abgelegt hat. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen über Leistungen, Reumund und Gesundheit sowie mit eigenhändig geschriebenen lückenlosem Lebenslauf längstens bis 2. Juli d. S. einreichen bei der

Direktion der Städt. Sparkasse Freiburg i. Br.

B.17. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Bad. Kuno-Industrie G. m. b. H. in Karlsruhe wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf Mittwoch, den 22. Juli 1925, vormittags 8 1/2 Uhr, Akademiestraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 252. Die Gebühr des Konkursverwalters wurde auf 1208.52 M. und die Gebühr des Gläubigerausschusses auf 450 M. festgesetzt. Karlsruhe, den 18. Juni 1925. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgericht A 1.

Leimen, 19. Juni 1925.

Gemeinderat: Weidemaier, Leiter.



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 24. Juni 1925
B.27. Th.-Gem. 2501—3400

Der Traum ein Leben

Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von F. Grillparzer
In Szene gef. von F. Baumhach

Personen:
Rassub Herz
Rirza Kurhammer
Rustan Dahlen
Janga Hübner
König von Samarkand Herz
Günare Müller
Kaleb Prüter
Karshan Brand
Mann vom Hofen Nürnberg
Altes Weib Frauenarzt
König. Kammerer Schneider
Hauptmann Rang
Anführer Ober
Dienerin Günares Bronner
Anfang 7 1/2 Ende 10
Sperfrist I 4.80

Bekanntmachung.

Drucksache Nr. 165
vom 23. Juni 1925.

Einladung

zur XXIX. (ordentlichen) Vollversammlung der
Badischen Landwirtschaftskammer

am
Dienstag, den 30. Juni 1925, vormittags 9 Uhr, und
Mittwoch, den 1. Juli 1925, vormittags 8 Uhr,

zur 1. Versammlung der neu gewählten Landwirtschaftskammer XXXIX. — ordentliche — (Vollversammlung) nach Karlsruhe in den Sitzungssaal des Badischen Landtages, Ritterstraße 20, ergebenst einzuladen.
Nach Erledigung von Punkt 2 der Tagesordnung vom 30. Juni werden die zugelassenen Mitglieder für die Versammlung vom 1. Juli telegraphisch einberufen.
Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vollversammlung wird die Einladungsfrist gemäß § 2 der Geschäftsordnung abgekürzt.

Tagesordnung:

A. Für die Tagung am Dienstag, den 30. Juni 1925, vormittags 9 Uhr:

1. Mitteilungen.
2. Auswahl von Mitgliedern gemäß § 9 Ziffer 2 des Landwirtschaftskammergesetzes in der Fassung vom 2. April 1925.
3. Anträge und Wünsche.

B. Für die Tagung am Mittwoch, den 1. Juli 1925, vormittags 8 Uhr:

1. Mitteilungen.
2. Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden sowie der übrigen Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter.
3. Regelung der Vertretung der Zweigvereine des früheren Landesobstbauvereins gemäß § 2 Abs. 3 und 4 und § 6 Abs. 1, Ziff. 3 des Gesetzes, sowie § 7 der Satzung und § 2 des Vertrages mit dem früheren Landesobstbauverein.
4. Wahl der Ausschüsse.
5. Wahl der Vertreter der Landwirtschaftskammer bei anderen Körperschaften.
6. Zusammenfassender Bericht über die Aufgaben der Landwirtschaftskammer, ihre Einrichtungen und Unternehmungen.
7. Anträge und Wünsche.

Karlsruhe, den 19. Juni 1925. B.18

Der Vorsitzende der Badischen Landwirtschaftskammer: Gebhard.

Die von Herrn Dampfmoikereibesitzer Otto Schwarz unter der Überschrift „Aus Konkurrenzneid“ in die hiesigen Blätter gegebene Nachricht über Lieferungen der Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft von Milch, Eiern und Butter sind unwahr. Wir haben gegen Herrn Schwarz Klage erheben lassen wegen Verbreitung von unwahren Behauptungen wider besseres Wissen.
E.509
Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H.

Gleisarbeiten öffentlich zu vergeben: Regulieren von 3900 lfd. m Gleis in Oberbau mit 140 mm H. Schienen einschließlich Einbau von Holzschwellenlagen und Wenden von Lachsen zwischen den Stationen Schaffhausen — Gerchingen an der Hauptbahn Basel — Konstanz. Die Arbeitsstelle liegt auf Schweizergebiet. Angebotsvordrucke mit Arbeitsbeschrieb liegen bei mir Zimmer Nr. 5 auf. Abgabe von Angebote nach auswärts nur gegen Voreinsendung von 1.00 M. Angebote mit Aufschrift „Gleisarbeiten bei der Bahnbauinspektion Waldshut“ verschlossen, postfrei bis längstens 4. Juli 1925, vorm. 10 Uhr, bei mir einreichen. A.987

Waldshut, 16. Juni 1925.

Deutsche Reichsbahn. Gesellschaft. Vorstand der Bahnbauinspektion Waldshut.

des Grundstücks der Gemarkung Buchenberg Gb. Nr. 398, Gevann Rügelesee, Holzabfuhrweg 30 ar 45 qm im Wege des Aufgebotsverfahrens mit seinem Rechte auszuschließen, da das Grundstück seit August 1892 in ihrem und des verstorbenen Eigenbesitz sei, der eingetragene Eigentümer Heiligenfonds Schramberg seit Herbst 1892 nicht mehr bestesse und eine Eintragung in das Grundbuch, die der Zustimmung des Eigentümers bedürfte, seit 30 Jahren nicht erfolgt ist.

Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, sein Recht spätestens im Aufgebotsstermin vom:

Dienstag, den 29. September 1925, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht Bellingen III. anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen würde.

Bellingen, 18. Juni 1925.

Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Nach längerem schweren Leiden verschied heute mein innigstgeliebter Mann, unser treuer Vater und Großvater

Herr Dr. Theodor Mühlring

Landgerichtspräsident a. D.

im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer:

Ida Mühlring, geb. Nicolai,
Paula Gunzert, geb. Mühlring,
Wilhelm Mühlring, Staatsanwalt,
Dora Mühlring, geb. Seneca,
Dr. Friedrich Darmstaedter, Landgerichtsrat,
Hildegard Darmstaedter, geb. Gunzert,
Walter Gunzert.

Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, den 22. Juni 1925.

Die Feuerbestattung findet Mittwoch, den 24. Juni in Heidelberg statt. E.512

Fahrräder

Erfaschte, Ruber und Gummi, sowie alle Reparaturen erhalten eine am billigsten in der Sied. Bad. Kaiser-Anstalt, Kreisstr. 22 (Baden). E.365

Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, breitet an Privats, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Süd.).

Aufgebot.

A.979. Bellingen. Die Erben des Kommerzienrats und Landtagsabgeordneten Carl Commerell in Höfen a. G. nämlich: 1. Ehegattenbesitzer Carl Commerell in Höfen a. G., 2. Dr. med. Oberhard Fink Ehefrau Ida geb. Commerell baselst, 3. Dr. med. Hermann Commerell baselst, 4. Postmeister Julius Umrats Ehefrau Anna geb. Commerell, in Friedriehshafen haben gemäß § 977 ff. C.D. 927 R.G.B. beantragt, den Eigentümer

Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe i. B.

7. Juni bis 24. Juni 1925 in der Stadt. Ausstellungshalle

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Die Bildtelegraphie im Dienste des polizeilichen Erkennungsdienstes

Der von allen Fachleuten mit großem Interesse erwartete Vortrag von Prof. Dr. Arthur Korn (Technische Hochschule Berlin), des Pioniers der Bildtelegraphie, hat am 18. Juni vor zahlreich erschienenen Besuchern der Ausstellung im großen Chemie-Saal stattgefunden.

Der Redner ging davon aus, daß für den polizeilichen Erkennungsdienst neben anthropometrischen Messungen vor allem Porträts, Fingerabdrücke und Schriftproben in Betracht kommen. Je früher man sich im gegebenen Falle in den Besitz solcher Dokumente setzen könne, um so schneller werde der polizeiliche Erkennungsdienst arbeiten können. Daß hier die Bildtelegraphie zu einer besonders wichtigen Aufgabe berufen sei, ließe außer Zweifel. Wenn sie bisher noch wenig in dieser Richtung benützt worden sei, so liege das vor allem daran, daß noch keine geeignete Organisation hierfür ins Leben gerufen und die notwendigen Mittel noch nicht bereit gestellt seien. Technisch sei jedoch das Problem so weit gelöst, daß an der Möglichkeit die Bildtelegraphie nutzbringend für den polizeilichen Erkennungsdienst zu verwenden, nicht mehr gezweifelt werden könne und in einzelnen Fällen seien auch schon praktische Beweise hierfür erbracht worden.

Auf der Ausstellung wird eine bildtelegraphische Apparatur nach dem Korn'schen System in Betrieb gezeigt. Prof. Korn ist es vor etwa 20 Jahren zum ersten Male gelungen, mit Hilfe der sog. Methode der lichtempfindlichen Zellen Photographien auf große Entfernungen telegraphisch zu übertragen (München—Berlin—Paris, Paris—London); im Jahre 1908 war es zum ersten Male möglich, in London einen Juwelenraub, welcher aus Paris nach London geschickt war, mit Hilfe eines nach dem Korn'schen Verfahren von Paris nach London geschickten Bildes zu identifizieren. Der der Ausstellung vom Reichspostministerium zur Verfügung gestellte Apparat dient neben der Übertragung von Photographien, vor allem der Übertragung von Handschriften, Zeichnungen und Fingerabdrücken. Dieser sog. teleautographische Apparat beruht in seinem Sender auf einem Prinzip, das schon Mitte des vorigen Jahrhunderts den sog. Kopiertelegraphen von Watwell, Bain und Caselli zugrunde lag. Die zu übertragende Handschrift, Zeichnung, Fingerabdruck oder dgl. wird in einer die Elektrizität nicht leitenden Materie auf eine Metallfolie aufgetragen und um einen Zylinder gewickelt, der drehbar eingerichtet ist. Auf der Folie schleift ein Kautschuk wie der Kautschuk eines Phonographen, der sich bei jeder Drehung des Zylinders ein wenig in der Längsrichtung verschiebt und so die Folie in einer engen Schraubenlinie abtastet. So oft er eine leitende Stelle der Folie berührt, geht ein Strom zum Empfänger; wenn er eine Stelle des zu übertragenden Bildes berührt, ist der Strom unterbrochen. Im Empfänger rotiert ein photographisches Papier auf einem Zylinder genau wie beim Geheulinder, und je nachdem im Geber ein leitendes oder nicht leitendes Element des Bildes abgetastet wird, erhält eine korrespondierende Stelle des Empfangspapieres einen photographischen Eindruck oder nicht, und zwar derart, daß ein auf das Empfangspapier gelenkter Lichtstrahl mit Hilfe der vom Geber kommenden Ströme abgeblendet wird oder nicht. Die kleine hier benutzte Linse, ein feiner Metallfaden, durch den die Lichtströme geleitet werden, und der von den magnetischen Kräften eines Elektromagneten abgelenkt wird oder nicht, je nachdem ein Strom ankommt oder nicht, ist so empfindlich und rapid, daß ohne Schwierigkeiten bis zu 2000 Zeichen in der Sekunde registriert werden können. 10 Fingerabdrücke konnten in 4 1/2 Minuten in solcher Qualität übertragen werden, daß dieselben ebenso gut für den Erkennungsdienst verwendet werden können wie die Originale. In weiteren 4 1/2 Minuten kann ein Porträt zusammen mit einer Schriftprobe übertragen werden, so daß in etwa 10 Minuten sowohl Porträt, als auch Fingerabdrücke und Schriftproben am Empfangsorte zur Verfügung stehen.

Eine zweite Methode der Bildtelegraphie ist die Methode der lichtempfindlichen Zellen, mit Hilfe deren Korn im Jahre 1908 seine ersten Erfolge hatte. Die lichtempfindlichen Zellen (im besonderen die sogenannten Selenzellen) haben die Eigenschaft, je nach ihrer Belichtung verschiedene starke elektrische Ströme auszulösen. Für diese Methode wird das zu über-

tragende Bild als transparenter Film vorgelegt und dieser um einen Glaszylinder gewickelt, der drehbar eingerichtet ist; die einzelnen Bildelemente werden von einem Lichtstrahl durchleuchtet und entsprechend der Helligkeit der Bildelemente wandern mehr oder weniger starke Ströme zum Empfänger. Dasselbst rotiert wieder ein photographisches Papier genau wie der Originalfilm im Geber, und je nach der Helligkeit des gerade im Geber abgetasteten Bildelementes erhält das korrespondierende Element des Empfangsfilmes einen stärkeren oder schwächeren photographischen Eindruck.

Diese Methode dient vor allem der Übertragung von Photographien, während die teleautographische Methode sowohl für die Übertragung von Photographien, als auch für die Übertragung von Handschriften, Zeichnungen und Fingerabdrücken dienen kann.

Beide Methoden können auch für die drahtlose Übertragung eingerichtet werden, und es wird binnen kurzem möglich sein, von einer Station aus auf drahtlosem Wege gleichzeitig Bilder nach vielen Empfangsstationen zu übertragen. Bei geeigneter Organisation wird gerade hierdurch dem polizeilichen Erkennungsdienst ein großer Nutzen entstehen können.

Prof. Korn hat seinen ausgezeichneten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag durch eine große Anzahl sehr instruktiver Lichtbilder ergänzt. Besonders zu begrüßen ist es, daß Prof. Korn Gelegenheit gegeben ist, seine Ausführungen vor den hier weilenden Mitgliedern der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission zu wiederholen.

Die Bayerische Polizei auf der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung

Montag morgen trafen die Vertreter der bayerischen staatlichen und kommunalen Polizei in Karlsruhe zum Besuche der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung ein und wurden um 10 Uhr im Saale der ausländischen Staaten begrüßt. Nach einem von der Kapelle bayerischer Polizeimuster gespielten Musikstück ergriß Minister des Innern, Memmel, das Wort zu einer Ansprache.

Er erinnerte zunächst daran, daß der bayerische Minister des Innern und dessen Herren im Ministerium des Innern bereits bei der Eröffnung der Ausstellung zugegen gewesen seien. Er wies dann auf die schweren Erschütterungen hin, die durch den Zusammenbruch, durch einen harten Friedensschluß und wirtschaftliche Nöte über das deutsche Volk gekommen waren. Das Band allgemeiner Ordnung war fast völlig zerrissen. Was man in Deutschland noch an Staatsmacht besaß, um den Gesetzen Geltung zu verschaffen, war in der ersten Zeit nach dem Kriege nicht so, daß man sich unbedingt darauf verlassen konnte. In allen Ländern, auch in Bayern, mußte von neuem wieder aufgebaut werden in der Organisation und technischen Vorbildung der Polizei. Diese Aufbauarbeit ist geleistet worden. Nun soll durch diese Ausstellung uns und den anderen Ländern Anregung und Förderung in der technischen Weiterbildung der Polizei gegeben werden. Wir wollen die Öffentlichkeit und nicht zuletzt das Ausland von der Tatsache überzeugen, daß auch die Polizei der deutschen Länder nur rein polizeilichen Zwecken diene, daß sie keine Nebenaufgaben, keine Nebenziele kennt, sondern daß sie, wie die Polizeien aller Länder, für Ruhe und Ordnung eintritt und den Kampf gegen das Verbrechertum aufnimmt. Der Minister sprach der bayerischen Polizei seinen Dank für die Mitwirkung bei der Ausstellung aus. Die Staatspolizei von München und die Polizei der Stadt Augsburg haben außerordentlich Spendenerwartung ausgestellt. Die Festung München ist gerade auf dem Gebiete der Vorbereitung von außerordentlich großen Werte. Bei dieser Gelegenheit gedachte der Minister des Innern, der auf dem Gebiete des Erkennungsdienstes in Bayern seine besonderen Verdienste erworben hat, des leider aber gleich bei Kriegsausbruch gefallenen Regierungsrates Dr. Hafer, der wohl am frühesten miterkannt hat, worauf es bei der Durchführung des Erkennungsdienstes ankomme.

Die Ausstellung ist, so schloß der Minister, in erster Linie veranstaltet worden, damit man aus ihr lernen und Erfahrungen sammeln kann. Nun wir das alle, jeder an seinem Platze, dann wird es gut gehen in Deutschland zum Wohle des Vaterlandes.

Oberst. H. Tenner von der Polizeidirektion in München sprach im Namen der bayer. Staatsregierung und der erschie-

nenen Beamten dem Minister den Dank für den freundlichen Empfang aus. Mit besonderer Freude hätten sie die Anerkennung des Ministers über die Bayer. Sonderausstellung vernommen, um deren Zustandekommen sich Herr Reg.-Rat v. Metz besonders Verdienste erworben habe. Es seien Zeichen von Mut und Tatkraft, ein solch große Ausstellung in die Wege zu leiten und zu so schönem Gelingen zu bringen. Die Ausstellung soll ein friedlicher Wettbewerb in den Leistungen der Technik unter den Polizeien der ausstellenden Länder werden und soll zu einem Austausch der Kenntnisse und Erfahrungen führen. Sie soll aber auch dazu dienen, weitesten Kreisen zu zeigen, daß es der eigentliche Wille der Polizei ist, erzielend und schützend zu wirken und damit das Verständnis für die besonderen Aufgaben der Polizei im Volke zu fördern. Der Redner gedachte in besonders eindringlichen Worten der Wichtigkeit der Mitarbeit der Presse bei dieser Aufklärungsarbeit für die Polizei.

Der Redner schloß mit nochmaligem Danke an den Minister und seiner Mitarbeiter, vor allem an Ministerialrat Dr. Wark für die Verdienste, die sie sich mit Dank durch das Zustandekommen der Ausstellung erworben hätten und den außerordentlich herzlichen Empfang, der der bayerischen Polizei in Karlsruhe zuteil geworden sei.

Theaterkatastrophen und ihre Bekämpfung

Auf Einladung des Theaterkulturbundes und der Leitung der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung hielt Ingenieur Kellen, der langjährige Sachverständige der Theaterabteilung des Berliner-Polizeipräsidiums am Sonntag, den 21. Juni, einen Vortrag im großen Saal des Städtischen Konzerthauses in Karlsruhe, über Theaterkatastrophen und ihre Bekämpfung.

Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung des Theaterbaues ging der Vortragende auf die Brandursachen, die in den Bühnenhäusern auf die beschriebenen Umstände zurückzuführen sind, näher ein und wies dann darauf hin, daß nach dem Brand des Wiener Ringtheaters erst eine systematische Erforschung der Theaterbrände begonnen habe. Die damals in Wien und Berlin erbauten Versuchstheater haben erst die Möglichkeit gegeben, die bei einem Brande auftretenden Temperaturen, Luftströmungen und Luftzusammensetzung genau zu studieren und auf diese Weise die Wege gewiesen, die einzuschlagen waren, um künftig Theaterkatastrophen nach Möglichkeit zu vermeiden. Aus den damals gesammelten Erfahrungen, der im Jahr 1905 in Bremen tagte, hat sich dann die Polizeiverordnung über die polizeiliche Anlage, die innere Einrichtung und den Betrieb von Theatern herausentwickelt. Diese Polizeiverordnung hat sich als überaus wirkungsvoll erwiesen, denn seit ihrer Einführung ist die Zahl der Theaterbrände sehr zurückgegangen, vor allem aber ist es ihr zuzuschreiben, daß bei solchen Katastrophen Menschenleben nicht mehr zu beklagen waren.

Wenn also die Behörde alles getan habe, um nach menschlichem Ermessen in Zukunft Katastrophen großen Stils zu verhindern, so wird doch noch zu wünschen übrig bleiben, daß für die Theaterbeleuchtung künftighin eine Fähigkeitprüfung eingeführt werde, ähnlich wie diejenige, die von den Kinobetriebern verlangt wird. Außerdem erscheint es wünschenswert, daß auch die Tätigkeit der Sachverständigen eine Reform erfahre. Diese werden heute von den Theaterunternehmern bezahlt und nehmen auf diese Weise eine Stellung ein, die sie vielfach zu Kompromissen zwingt. Reformbedürftig sei auch die Gepflogenheit, den Termin einer Theaterrevision vorher festzusetzen, da hierdurch den Bühneninspektoren Gelegenheit gegeben wird, unvorschriftsmäßige Zustände rechtzeitig zu beseitigen, um sie nach erfolgter Aufnahme wiederherzustellen.

Zum Schluß kam Ingenieur Kellen auf die Zweckmäßigkeit der einzelnen Sicherheitsvorrichtungen zu sprechen und zeigte dann in einer Reihe von Lichtbildern die fürchterlichen Verwüstungen, die ein ausbrechender Bühnenbrand schon nach kurzer Zeit zu verüben vermag. Der ausgezeichnete Vortrag wurde von den Erscheinenden, unter denen sich auch mehrere Mitglieder der internationalen kriminalpolizeilichen Kommission befanden, mit großem Beifall aufgenommen.

Automatische
Fernsprech-Anlagen
jeden Systems in Kauf und Mieta
Feuermelder u. Alarm-Anlagen
Elektrische Uhren

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

NEANDER-

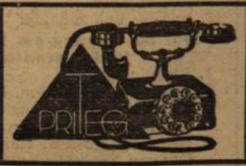
Motorräder sind gut und zuverlässig für Sport und Reise

Als sofort lieferbar empfehle:

Type III 293 ccm 4 Takt Standard-Motor mit Tasche und Uhr Mark 1450.—

Fahrradhaus Kaier, Mühlburg

Rheinstraße 59 Telephon 2099



Badische Telefon-Gesellschaft

m. b. H.

Karlsruhe in Baden

Gartenstraße 4

Telefon 4982.

Der Samariter

Leitfaden für die erste Hilfe bei Unglücksfällen

von Dr. J. Blume, Medizinalrat

Fünfte Auflage (51.—60. Tausend)

Zwei Hefte, 62 Seiten Text und 158 Abbild. auf 32 Tafeln

Beide Hefte zusammen Mk. 1.—

Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Überall erhältlich

Für nur 25 Mark Anzahlung

bekommen Sie ein stabiles Damen- oder Herren-Fahrrad, Nähmaschine oder Email-Herd mit 2 Jahren Garantie.

Gebrauchte Fahrräder, sowie sämtliche Ersatzteile und Reparaturen staunend billig. Die Ware wird bei Anzahlung sofort ausgehändigt.



Fahrrad-Kunzmann, Zähringerstraße 46.

Druck G. Braun, Karlsruhe.